Nuklearwaffentauglicher Luftwaffen-„Tornado“ des Jagdbombergeschwaders 33 aus Büchel beim Training in Kanada 1996

In einem Fliegerhorst in der Eifel proben deutsche Piloten den Abwurf von Atomwaffen – ein Relikt ehrgeiziger Nachkriegspläne zur nuklearen Aufrüstung der Bundeswehr.

Sehnsucht nach den Dingern

US-Atombomben vom Typ B61 mit variabel einstellbarer Sprengkraft (Attrappen)

Von MATTHIAS BARTSCH

Ende Mai 2015 sitzt Elke Koller wieder einmal mit einigen Mitstreitern vor dem Haupteingang des Fliegerhorsts Büchel. Sie hat sich einen Klapphocker aus Holz mitgebracht und eine Alu-Wärmeschutzdecke gegen die kühlen Regenschauer in der Eifel. Missmutig schaut die 72-Jährige in den trüben Himmel, wo ein „Tornado“ des Luftwaffengeschwaders 33 gerade mit schneidendem Lärm eine Platzrunde dreht.

Koller wohnt in einem Nachbarort, etwa drei Kilometer von Büchel entfernt. Seit fast 20 Jahren protestiert die frühere Apothekerin immer wieder bei Ostermärschen, Blockaden und Demonstrationen vor den Toren des Luftwaffenstützpunkts der Bundeswehr. „Ich bin es meinen Kindern und Enkeln schuldig, etwas gegen diese Dinger da drin zu tun“, sagt sie.

Diese „Dinger“, das sind 10 bis 20 US-amerikanische Atombomben des Typs B61-3 und B61-4. Die Sprengkraft dieser Bauart ist variabel einstellbar, die stärksten Exemplare sollen es auf bis zu 170 Kilotonnen TNT bringen, etwa das 13-Fache des Hiroshima-Sprengsatzes.

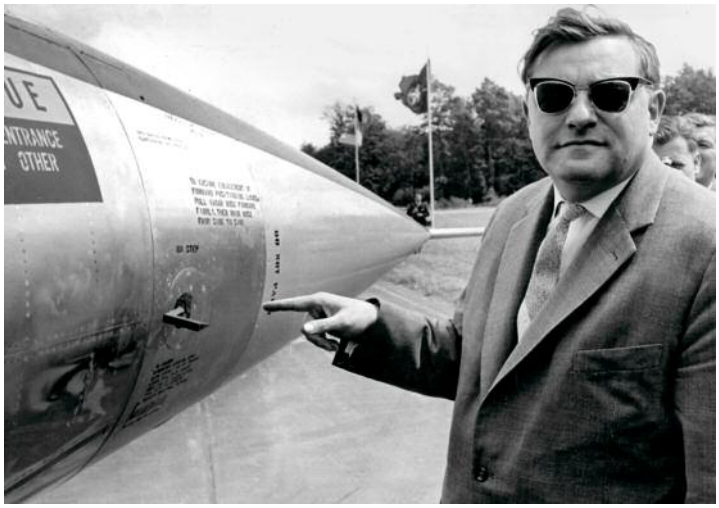
Wie viele dieser Bomben im rheinland-pfälzischen Büchel liegen, ist streng geheim. Und eigentlich sollte es auch streng geheim sein, dass überhaupt Nuklearwaffen in den grünen Eifel-Hügeln lagern. Die Bundesregierung lässt alle Nachfragen zu diesem Thema unter Hinweis auf „Geheimhaltungsregelungen“ der Nato abtropfen. Aussagen und Spekulationen zu Lagerung, Anzahl und Beschaffenheit von Nuklearwaffen würden „weder bestätigt noch dementiert oder kommentiert“, lautet die offizielle Sprachregelung des Verteidigungsministeriums.

Inoffiziell ist dieses Geheimnis allerdings schon lange keines mehr. Von den Massenvernichtungswaffen in Büchel wissen die Verteidigungspolitiker in Berlin ebenso wie die Landesregierung von Rheinland-Pfalz, Büchels Ortsbürgermeister, die Einwohner der umliegenden Gemeinden und natürlich auch Friedensaktivisten wie Elke Koller. Nur reden dürfen die offiziellen Stellen der Bundesrepublik nicht darüber. Jedenfalls nicht öffentlich.

Aber wer Dokumente, die von der Whistleblower-Plattform WikiLeaks veröffentlicht wurden, geschickt mit amtlichen Informationen von US-Dienststellen zusammenführe, der finde auch so eine indirekte Bestätigung für die Existenz der Bomben in Büchel, sagt Otfried Nassauer vom Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheit (Bits).

Und wer überdies einen vertraulichen Austausch mit Offizieren der Bundeswehr pflege, der könne auch einiges darüber erfahren, wie deutsche „Tornado“-Besatzungen zumindest früher immer wieder trainiert haben, die B61-Bomben im Tiefflug zu ihren Zielen zu bringen. Kurz vor dem Abwurf sollen die Piloten ihre Maschinen steil nach oben ziehen. Und wenn die Bombe ausgeklinkt ist, sofort abdrehen, um sich vor dem atomaren Höllenfeuer in Sicherheit zu bringen.

Das klingt nach einem ziemlich altbackenen Konzept im Zeitalter ferngesteuerter Drohnen, Cruise Missiles und U-Boot-gestützter Interkontinentalraketen. Militärisch dürften solche Einsätze schon deshalb überholt sein, weil die möglichen Einsatzgebiete der Büchel-Bomben durch die Osterweiterung der Nato in weite Ferne gerückt sind. Zwar wäre es mit der Reichweite der überwiegend in den Achtzigerjahren gebauten Bundeswehr-„Tornados“ noch möglich, von der Eifel aus einige Ziele in der Nähe einer Nato-Außengrenze zu erreichen, sagt Bits-Forscher Nassauer: „Aber bei Angriffen auf Ziele tief in Russland würde der Treibstoff für einen Rückflug kaum reichen.“



Kontrahenten Adenauer, de Gaulle 1962 in Köln, Verteidigungsminister Strauß 1960 mit „Starfighter“

Dass die Militärs dennoch an den Büchel-Bomben festhalten, erklärt der Rüstungsexperte vor allem mit „Bündnispsychologie“. Aus Sicht der USA könne es politische Vorteile haben, wenn im Konfliktfall die Last einer Entscheidung für den Einsatz von Nuklearwaffen zumindest formal auch auf ihren Bündnispartnern laste. Und die Bundeswehr fürchte anscheinend, dass sie ohne eine Beteiligung am Bombenabwurf nicht mehr umfassend in die Nuklearplanung der Nato eingebunden würde.

Allerdings wirft eine deutsche Beteiligung an möglichen Nato-Nukleareinsätzen jede Menge Fragen auf. „Deutschland hat sich in mehreren internationalen Vereinbarungen verpflichtet, auf Massenvernichtungswaffen zu verzichten“, sagt Elke Koller – zuletzt etwa im

STEFAN SCHULZ / RETRO (L. O.); SSGT PHIL SCHMITTEN / USAF (L. U.); ROHWEDDER / PICTURE ALLIANCE / DPA (R. O.); ARCHIV FRIEDRICH / INTERFOTO (R. U.)

Fliegerhorst Büchel in der Eifel

Zwei-plus-Vier-Vertrag zur deutschen Vereinigung. Trotzdem trainierten Bundeswehrsoldaten in der Eifel seit Jahrzehnten, wie man Menschen, Städte und Landstriche mit Atombomben pulverisieren könne. „Ich halte das für schlicht völkerrechtswidrig“, meint die Friedensaktivistin.

Koller hat gegen die Bomben in Büchel geklagt, jedoch bisher ohne Erfolg (siehe Seite 132). Es widerspreche nicht dem Völkerrecht, wenn solche Waffen für extreme Notwehrsituationen vorgehalten würden, beschied ihr etwa im Jahr 2013 das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht in Münster.

Eine Zeit lang sah es so aus, als hätten Koller und andere Bombenkritiker Unterstützung aus der Politik bekommen. Die rot-grüne Bundesregierung und ihr damaliger Außenminister Joschka Fischer hatten vor etwa zehn Jahren Gespräche über einen Abzug der nuklearen Sprengköpfe angekündigt. Fischers Nachfolger Guido Westerwelle (FDP) erklärte diesen Abzug fünf Jahre später sogar zu seiner „Herzensangelegenheit“.

Doch alle Initiativen verliefen im Sande. Die Waffen würden für eine effektive Abschreckung und Verteidigung gebraucht, bügelte die Nato 2012 nach einem Treffen der Regierungschefs des Militärbündnisses alle Hoffnungen auf einen Abzug ab. Die US-Militärs hatten zuvor schon angekündigt, ihre in die Jahre gekommenen B61-Bomben umfassend zu modernisieren.

Die Große Koalition will die etwa 40 in Büchel stationierten „Tornado“-Bomber noch über 2025 hinaus einsatzfähig halten. Die jahrzehntealten Jets sind, anders als der modernere „Eurofighter“, mit speziellen Halterungen und der Abwurfelektronik für die Atombomben ausgerüstet und sollen nun noch einmal an die neue B61-Generation angepasst werden.

Der Fliegerhorst Büchel liegt knapp hundert Kilometer südlich von Köln, sichtgeschützt auf einer Anhöhe hinter hohen Bäumen. Die Anlage ist mit Zäunen und Stacheldraht gesichert, auf weißen Schildern wird „Schusswaffengebrauch“ angedroht. Hinter den Zäunen gibt es für etwa 2000 dort stationierte Bundeswehrangegörige einen Fußballplatz, ein Piloten-Trainingszentrum mit Flugsimulator und eine 2,5 Kilometer lange Landebahn, umrahmt von grasbewachsenen Bunkern aus dickem Beton für die „Tornados“.

In diesen geschützten Flugzeugunterständen sollen auch die Atombomben liegen, in unterirdischen Depots, „vaults“ genannt. Deutsche Soldaten hätten dort keinen Zutritt, sagen Militärangehörige.

Bewacht und gewartet würden die B61-Bomben von einer Spezialtruppe der Amerikaner, der Munition Support Squadron. Etwa 140 US-Soldaten sollen zu diesem Zweck in Büchel stationiert sein, viele von ihnen wohnen in den Dörfern rund um den Fliegerhorst. Die US-Militärs haben auch die Codes, um die Zünder scharf zu stellen, falls ein Befehl dazu aus Washington eintreffen sollte. Erst dann könnte die Bundeswehr die Bomben übernehmen.

Diese Konstruktion ist Ergebnis und Relikt einer Reihe von Initiativen der Bundesregierung in der Nachkriegszeit. Ohne einen Zugriff auf Atomwaffen drohe die Bundesrepublik im Kräftespiel der Nachkriegsordnung unterzugehen, glaubte Regierungschef Konrad Adenauer.

Skeptische Wähler versuchte der Kanzler damals zu beschwichtigen. Taktische Atomsprengköpfe, behauptete Adenauer 1957 bei einer Pressekonferenz, seien doch „nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie“.

TORSTEN SILZ / DAPD

Treibende Kraft beim Ringen um Teilhabe an einer nuklearen Streitmacht war jedoch Franz Josef Strauß. Der Bayer, den Adenauer 1955 zum Atomminister und ein Jahr später zum Verteidigungsminister ernannt hatte, war besessen von der Idee, Deutschland durch Atomtechnik wieder „zu Rang und Geltung“ zu bringen, wie er es später formulierte. Um beim Bau einer Bombe mitmischen zu können, ließen sich CSU-Mann Strauß und Adenauer zeitweise sogar auf gewagte Manöver und Doppelstrategien ein.

Die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs hielten naturgemäß wenig davon, dass ausgerechnet die Verursacher des gerade erst beendeten Kriegsinfernos in Zukunft über Waffen verfügen könnten, mit denen sie in der Lage wären, die Welt endgültig in Schutt und Asche zu legen. 1954 musste Adenauer bei Verhandlungen über die Westeuropäische Union einem Atomwaffenverzicht zustimmen – als Preis für eine in Aussicht gestellte Mitgliedschaft in der Nato.

Allerdings hatte sich der listige Kanzler eine Hintertür offengehalten. Die Bundesrepublik verpflichtete sich danach lediglich dazu, keine atomaren, biologischen oder chemischen Waffen „in ihrem Gebiet“ herzustellen. Woanders schon.

Strauß reichte das nicht. Dieser Verzicht wäre vermeidbar gewesen, „wenn Adenauer hart geblieben wäre“, grantelte er in seinen posthum veröffentlichten „Erinnerungen“.

Die Sehnsucht nach der Bombe begründete er, ähnlich wie Adenauer, intern damit, dass der atomare Schutz der Vereinigten Staaten nicht zuverlässig genug sei. Wenn es zu einem Angriff der Sowjetunion kommen sollte, sei den Amerikanern zuzutrauen, dass sie eher Westdeutschland aufgeben würden, als selbst in einen eskalierenden Atomkrieg hineingezogen zu werden, meinte Strauß.

Tatsächlich hatten die Vereinigten Staaten seit Mitte der Fünfzigerjahre in ihren westdeutschen Militärstützpunkten längst eine ganze Reihe von Atomwaffen deponiert. Einige Jahre später verhandelte die US-Regierung mit Adenauer zudem darüber, auch Teile der im Aufbau befindlichen Bundeswehr mit nuklearen Gefechtsköpfen auszustatten. Allerdings: Die Technologie zur Bombenherstellung wollten die Amerikaner keinesfalls mit den Deutschen teilen. Und auch die Verfügungsgewalt über die Waffen müsse bei den US-Militärs bleiben.

Parallel zu diesen Verhandlungen verfolgten Adenauer und Strauß weiter das Ziel, beim Bombenbauen mitzumischen. Ausgerechnet die französische Regierung, die ihr Land ebenfalls unbedingt zur Atommacht machen wollte, bot der Bundesregierung Ende 1957 in geheimen Verhandlungen bei Bonn einen Deal an. Die Bundesrepublik und Frankreich könnten zusammen mit Italien die sündhaft teure Entwicklung der Bomben gemeinsam stemmen. Gebaut würden diese dann auf französischem Boden. Damit wäre der Bundesrepublik auch kein Verstoß gegen internationale Abkommen vorzuwerfen, lockten die Franzosen.

Doch der Plan zerschlug sich, als Charles de Gaulle Mitte 1958 in Paris die Regierung übernahm. Der französische Weltkriegsheld wollte die Bombe lieber ohne deutsche Hilfe bauen. Strauß war stinksauer. Er kündigte im Gegenzug sofort das deutsche Angebot auf, den französischen Kampfjet „Mirage III“ als mögliches Trägerflugzeug für die Bomben anzuschaffen, und bestellte stattdessen den amerikanischen „Starfighter“ – jenes Flugzeug, das später wegen der vielen Abstürze als „Witwenmacher“ in die Geschichte der Bundeswehr einging.

Schließlich akzeptierten Adenauer und Strauß auch die Bedingungen der Amerikaner. Die Bundeswehr durfte Atomwaffen abschießen oder abwerfen, aber nicht selbstständig kontrollieren. Dafür lieferte die US-Rüstungsindustrie reichlich: Kurzstreckenraketen mit nuklearen Sprengköpfen für Artillerie-Bataillone, Atomminen für die Pioniere und nukleare Bomben für die neuen „Starfighter“.

Als die Bundesregierung 1969 unter Willy Brandt den Sperrvertrag unterzeichnete und endgültig auf den Erwerb von Atomwaffen verzichtete, lagen diese Waffen bereits in zahlreichen Stützpunkten, Flughäfen und Depots der Bundeswehr, verschlossen und kontrolliert von US-Soldaten.

Heute, knapp zweieinhalb Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, sind die meisten atomaren Sprengköpfe längst wieder in die USA zurückgebracht worden. Nur die Bomben von Büchel sind noch da. Es seien, so der Rüstungsexperte Nassauer, die letzten einsatzfähigen Atomwaffen, die noch in Deutschland lagerten. ■

Atomwaffenlager

Depots für Artillerie, Raketenstandorte und Luftwaffenbasen in den Achtzigerjahren (Auswahl)

Während des Kalten Krieges wurden an weit über 200 Orten in beiden deutschen Staaten Atomwaffen gelagert. Darunter befanden sich über 5000 Nuklearwaffen für einen möglichen Krieg in Mitteleuropa: von Atomminen mit einer Sprengkraft von zehn Tonnen TNT bis hin zu Raketensprengköpfen und Bomben mit einer Wirkung von mehreren Millionen Tonnen TNT.